

Investitionsschutz bewahrt deutsche Unternehmer vor US-Schadenersatzklagen

TTIP ist ein Freihandels- und Investitionsabkommen neuester Generation. Intension ist vor allem die Mobilisierung der ungenutzten Potenziale des gemeinsamen Marktes zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten. Das Abkommen soll für Beschäftigung und Wachstum sorgen, indem es den gegenseitigen Marktzugang erleichtert, Handelshemmnisse minimiert, beiderseitige Investitionsvolumen steigert und den Weg zur Festlegung globaler Normen ebnet.



Neues Verfahren bei Handelsabkommen

Der Rat erteilt der Kommission das Verhandlungsmandat und diese führt die Verhandlungen. Parlament und Rat stimmen am Ende über das Verhandlungsergebnis ab. Die Rolle des EU-Parlaments in der europäischen Handelspolitik ist seit dem Vertrag von Lissabon sehr gestärkt. Das Parlament wird eine demokratische Entscheidung treffen. Vorher wird das Abkommen für alle einsehbar sein. TTIP wird vermutlich ein „gemischtes Abkommen“ sein, da auch ausschließliche Kompetenzbereiche der Mitgliedsstaaten berührt sein werden. Jeder Nationalstaat muss daher dem Abkommen zustimmen. In Deutschland wird TTIP also voraussichtlich durch Bundestag und Bundesrat gehen. Wer dann noch von mangelnder Transparenz und demokratischer Kontrolle spricht, ist fern jeder Realität.

Fakten statt Mythen

TTIP bietet große Wirtschafts- und Beschäftigungschancen. Umso unverständlicher ist, warum das Abkommen gerade in Deutschland so negativ gesehen wird, geht es doch im Kern um Wachstum und vereinfachten Marktzugang unserer Wirtschaft und eben nicht um die Absenkung von Standards. Deutsche Unternehmen, Verbände und Kommunen sollten die positiven Effekte von TTIP kommunizieren und aktiv dafür werben.



Es wird durch TTIP keine Chlorhühnchen geben und am Ende der Verhandlungen werden unsere sozialen Standards nicht abgebaut sein. Auch in Zukunft werden die EU und ihre Mitgliedsstaaten im Bereich Umwelt, Verbraucherschutz, Sicherheit und Gesundheit die Maßstäbe selbst setzen. TTIP ändert nicht unsere Rechtsordnung. Warum bringen dann Vorlagen der Linken und Grünen etwa unsere Kommunen dazu, sich mit Resolutionen gegen

TTIP zu stellen? Und das, obwohl die 7. Verhandlungsrunde bereits erkennen ließ, dass der Bereich der öffentlichen Daseinsfürsorge weitgehend ausgeklammert werden soll.

Vorwurf der mangelnden Transparenz

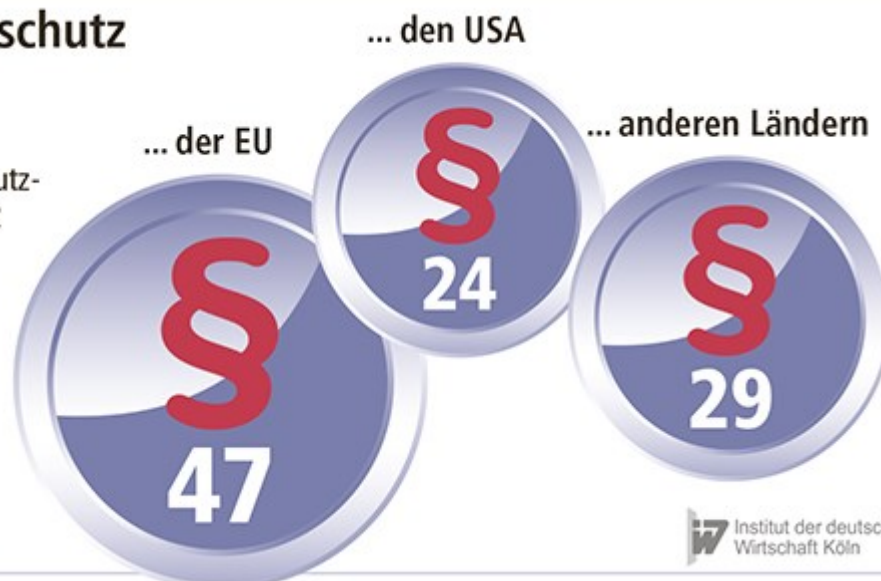
Die zuständigen Abgeordneten der beteiligten Ausschüsse haben Einsicht in die Verhandlungsdokumente und werden vor und nach jeder Verhandlungsrunde informiert und konsultiert. Nicht zuletzt seit dem Scheitern des Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommens ACTA ist die EU-Kommission gewarnt und tut gut daran, die Positionen des Parlaments zu jedem Zeitpunkt angemessen zu berücksichtigen. Es findet ein regelmäßiger Austausch zwischen der Kommission und den zuständigen Abgeordneten des Parlaments statt. Die Behauptung einiger NGO, die Verhandlungen seien nicht transparent, geht völlig fehl. Die Kommission muss ihr Mandat innerhalb des vorgegebenen Rahmens ausüben können, ohne auf dem „Marktplatz“ verhandeln zu müssen. Ein Blick auf die Tarifverhandlungen in Deutschland zeigt: Die Forderungen sind bekannt aber die Gespräche finden hinter geschlossenen Türen statt, ohne dass dies jemand beklagt. Trotzdem ist es richtig, dass die neue Handelskommissarin Cecilia Malmström noch mehr Transparenz angekündigt hat. Denn nur wenn die bereits verhandelten Texte öffentlich zugänglich sind, können wir eine neue Welle einseitiger Stimmungsmache vermeiden.

Investitionsschutz

Der Schutz unserer Investoren im Ausland und die damit verbundenen Streitschlichtungsverfahren vor internationalen Schiedsgerichten werden in Deutschland stark diskutiert. Dabei ist diese Art des Investorenschutzes nicht gerade vom Himmel gefallen: Deutschland hat bis heute nicht weniger als 134 bilaterale Investitionsabkommen abgeschlossen. Sicher nicht, um die demokratischen Entscheidungen unseres Landes auszuhebeln. In den USA sollten sich deutsche Investoren vor unverhältnismäßigen Schadensersatzklagen schützen können. Auch die Bundeskanzlerin betonte zuletzt die Wichtigkeit dieser Gerichte. Das Problem ist real. Viele regionale amerikanische Gerichte wenden internationales Recht einfach nicht an. Verfahren vor internationalen Schiedsgerichten schafften hier mehr Rechtssicherheit.

Investitionsschutz vor Gericht

So viel Prozent
aller Investitionsschutz-
klagen wurden 2012
von Unternehmen
erhoben aus ...



Quelle: United Nations
Conference on Trade
and Development (UNCTAD)

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

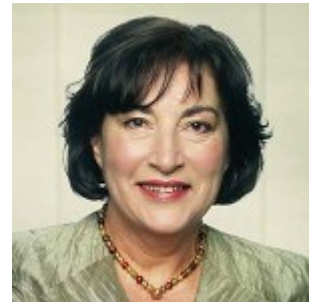
© 2014 IW Medien - Iwd 28

Allerdings muss das etablierte System dem neuen Jahrtausend angepasst werden. Die Kommission will die Verfahren daher verbessern, mit klaren Definitionen und hoher Transparenz. Wie das konkret ausgestaltet sein wird, will Cecilia Malmström Anfang 2015 bekannt geben.

Europa braucht einen starken transatlantischen Markt und einen stabilen Investitionsschutz. Wer sich gegen TTIP stellt sollte wissen, dass in Deutschland jeder vierte Arbeitsplatz am Export hängt und wir jährlich Güter im Wert von 87 Millionen Euro in die USA exportieren. Gleichzeitig sichern US-Investitionen in Deutschland fast 650.000 Arbeitsplätze. TTIP wird einen entscheidenden Anteil an der zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas haben. Nur ein ausreichend großer Markt kann vermeiden, dass China und Indien uns technische Standards sowie produktspezifische Regularien immer stärker diktieren. Wer das Treffen der APEC-Versammlung Mitte November verfolgt hat, dem blieben diese Entwicklungen nicht verborgen.

Wenn Europa in diesem Gefüge noch stattfinden will, müssen wir aufhören uns über Kleinigkeiten zu streiten und die richtigen Weichen stellen. Ansonsten werden Wachstum, Innovation und die damit verbundenen Arbeitsplätze schon bald keine europäische Angelegenheit mehr sein.

(Veröffentlicht 2015: Trend - Die Zeitschrift für soziale Marktwirtschaft)



Prof. Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl
MdEP, Mitglied des Ausschusses für Internationalen Handel, Europäisches Parlament; Stellv. Vorsitzende der Bundesfachkommission Internationaler Kreis des Wirtschaftsrates